

von Maltzan, Annette; Unger, Barbara-Natalie; Wohlrabe, Klaus

Article

Wirtschaft zieht erste Bilanz: 100 Tage neue Bundesregierung

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: von Maltzan, Annette; Unger, Barbara-Natalie; Wohlrabe, Klaus (2025) : Wirtschaft zieht erste Bilanz: 100 Tage neue Bundesregierung, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 78, Iss. 09, pp. 71-78

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/331652>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Daten und Prognosen

Wirtschaft zieht erste Bilanz:

100 Tage neue Bundesregierung

Annette von Maltzan, Barbara-Natalie Unger* und Klaus Wohlrabe

In Kürze

In einer 100-Tage-Bilanz zur Arbeit der neuen schwarz-roten Bundesregierung bewerten deutsche Unternehmen die bisherigen Leistungen überwiegend befriedigend (Schulnote 3,0). Dies geht aus einer aktuellen Befragung des ifo Instituts im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen hervor. Rund 73 % der Unternehmen berichten von einer spürbaren Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Stimmung seit Amtsantritt der Bundesregierung. Darüber hinaus blickt die Mehrheit der Betriebe zuversichtlich auf die kommenden Monate und erwartet eine steigende Wettbewerbsfähigkeit für den Standort Deutschland. Dabei setzen die Unternehmen vor allem auf die steuerliche Entlastung von Arbeit sowie eine dauerhafte Stabilisierung der Lohnnebenkosten. Größere Betriebe bewerten die Regierungspolitik positiver als kleinere Unternehmen. Trotz des insgesamt positiven Starts bleiben zentrale Herausforderungen bestehen: Abbau bürokratischer Hürden, Modernisierung der Infrastruktur sowie Sicherstellung wettbewerbsfähiger Energiepreise.

Nach dem Zerschlagen der Ampel-Koalition im Herbst 2024 und den darauffolgenden Neuwahlen im Dezember übernahm am 6. Mai 2025 eine schwarz-rote Bundesregierung die Amtsgeschäfte. Damit endete eine Phase politischer Unsicherheit, die in der Wirtschaft mit Sorge verfolgt worden war.

Der Start fällt in eine fragile wirtschaftliche Lage. Bereits in den beiden Jahren zuvor war die Wirtschaftsleistung insgesamt rückläufig – die deutsche Wirtschaft konnte sich

von den Nachwirkungen der Energiekrise, hoher Zinsen und anhaltender Störungen im Welthandel nicht erholen. Nach einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 0,3 % im ersten Quartal 2025 schrumpfte die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal erneut um 0,3 %. Im Ergebnis stagnierte die deutsche Wirtschaft im ersten Halbjahr und verharrte auf dem niedrigen Niveau der Vorjahre. Hinzu kommen erhebliche Unsicherheiten im internationalen Umfeld: Der Krieg in der Ukraine ist weiterhin ungelöst, zugleich hat der von US-Präsident Donald Trump initiierte Zollkonflikt neue Risiken für die exportorientierte deutsche Wirtschaft geschaffen (Baur et al. 2024). Parallel dazu

*Barbara-Natalie Unger, Stiftung Familienunternehmen.

zeigt das ifo Geschäftsklima seit Jahresbeginn zwar eine leichte, aber kontinuierliche Verbesserung. Diese kleinen Aufwärtsschritte spiegeln einen gewissen Vertrauensvorschuss der Unternehmen gegenüber der neuen Bundesregierung wider, ohne jedoch einen klaren konjunkturellen Trend anzuzeigen.

Die ersten 100 Tage einer neuen Regierung gelten traditionell als wichtiger Gradmesser für ihre Handlungsfähigkeit und die Glaubwürdigkeit ihrer wirtschaftspolitischen Agenda. Vor diesem Hintergrund kommt der Frage, wie die Wirtschaft den Regierungsstart bewertet, besondere Bedeutung zu. Erwartungen und Skepsis liegen nah beieinander: Einerseits hoffen viele Unternehmen auf Impulse durch verlässliche Rahmenbedingungen, Bürokratieabbau und Investitionen in Infrastruktur und Energieversorgung. Andererseits mahnt die schwache Konjunktur zur Eile. Um ein erstes Stimmungsbild einzufangen, hat das ifo Institut im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen die Einschätzung zu den ersten 100 Tagen der neuen Bundesregierung von rund 1 190 Unternehmen eingeholt. Die Umfrage wurde im Juli 2025 durchgeführt und knüpft an eine vorherige Befragung an, in der die Erwartungen der Unternehmen an die neue Bundesregierung das zentrale Thema waren (Licht et al. 2025).

Die Ergebnisse beider Umfragen sind im Forschungsdatensatz FamData (Garnitz et al. 2023) integriert, der

vom ifo Institut und der Stiftung Familienunternehmen konzipiert wurde und kontinuierlich ausgebaut wird. In der FamData liegen neben den Ergebnissen der aktuellen Umfragen die (pseudonymisierten) Daten aus zahlreichen Befragungen vor, die im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen seit 2017 erfolgten (Maltzan und Unger 2025).

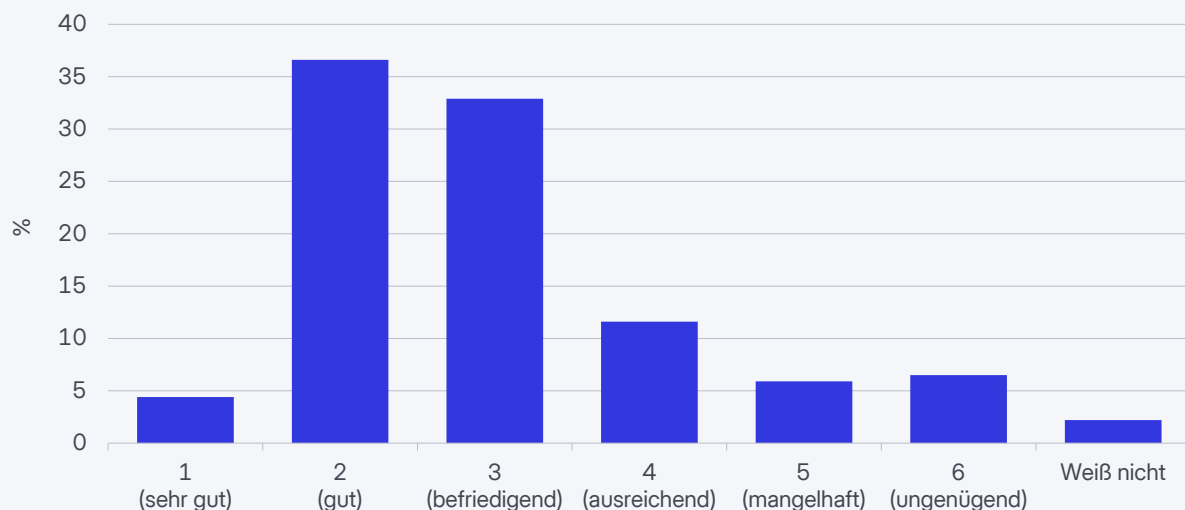
Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung: Schulnote 3,0

Der Arbeit der neuen Bundesregierung wird insgesamt eine befriedigende Leistung von der Wirtschaft attestiert (vgl. Abb. 1). Mit einem Anteil von 70% vergibt die deutliche Mehrheit der befragten Unternehmen die Schulnoten „gut“ oder „befriedigend“ für die bisherige Arbeit. 12% halten die Leistungen lediglich für „ausreichend“, während 13% den Start der Regierung mit „mangelhaft“ oder „ungenügend“ beurteilen. Eine sehr gute Leistung sehen nur 4% der Befragten.

Diese durchschnittliche Bewertung zieht sich durch alle Wirtschaftssektoren mit nur geringen Unterschieden in der Benotung: Während Handel und Gastgewerbe mit einer Durchschnittsnote von 2,7 am positivsten urteilen, bewerten Unternehmen aus dem Baugewerbe die ersten 100 Tage der neuen Regierung eher kritisch (Durchschnittsnote 3,2). Deutlich ausgeprägter ist hingegen die Differenzierung nach Unternehmensgröße: Mit steigender

Abb. 1

100-Tage-Bilanz nach Schulnoten^a



^a Anzahl der Beobachtungen: 1 186.

Quelle: Unternehmensbefragung; Berechnung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Zahl der Beschäftigten fällt die Bewertung spürbar positiver aus, so dass fast die Hälfte der Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten den Start der neuen Bundesregierung gut bis sehr gut bewertet.

Während die Unternehmen in Deutschland die ersten 100 Tage der neuen Regierung überwiegend als zufriedenstellend bewerten, äußern sich die an deutschen Universitäten tätigen Ökonominen und Ökonomen in einer entsprechenden Umfrage deutlich kritischer (Günther et al. 2025): 42% der Befragten beurteilen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung negativ, lediglich ein Viertel zieht eine eher positive Bilanz.

Unternehmen nehmen bessere Stimmung in der Wirtschaft wahr

Seit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft spürbar aufgehellt (vgl. Abb. 2). Rund 73% der befragten Unternehmen berichten von einer Verbesserung. Davon sehen 9% eine „deutlich bessere“ Entwicklung, während 64% eine „etwas bessere“ Stimmung wahrnehmen. Für 19% der Unternehmen hat sich die Situation nicht verändert. Demgegenüber beurteilen lediglich 8% die Stimmungslage negativer seit Antritt der neuen Bundesregierung. Beim Vergleich der einzelnen Wirtschaftssektoren fällt auf, dass insbesondere die Unternehmensdienstleistungen eine verbesserte Stim-

mung wahrnehmen (77%), gefolgt von den Unternehmen des Handels und des Gastgewerbes sowie der Industrie (jeweils 75%).

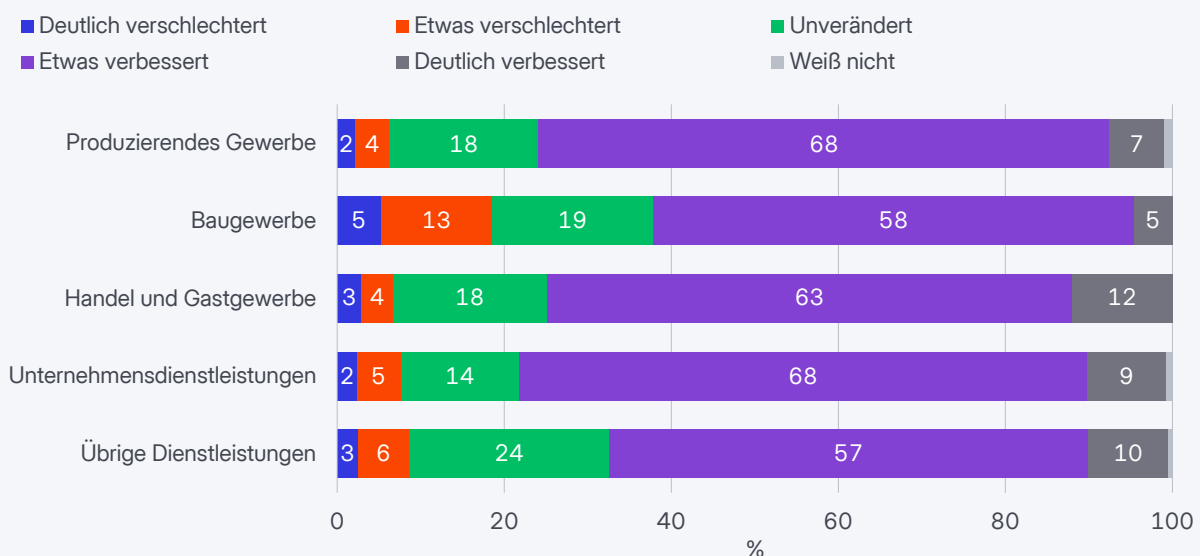
50% der Unternehmen erwarten bessere Wettbewerbsfähigkeit für den Standort Deutschland

Die Mehrheit der Unternehmen in Deutschland blickt optimistisch auf die kommenden Monate und erwartet eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland (vgl. Abb. 3). Allerdings spiegelt sich dieser positive Ausblick nicht gleichermaßen in den Erwartungen für das eigene Unternehmen wider: Lediglich 34% der Unternehmen rechnen mit einer entsprechenden Entwicklung für das eigene Unternehmen.

Während die Einschätzung der verbesserten Wettbewerbsfähigkeit für den Standort Deutschland über alle Sektoren hinweg ähnlich ausfällt, gibt es bei der Perspektive für das eigene Unternehmen zwischen den Wirtschaftssektoren deutliche Unterschiede. Hier zeigen sich vor allem das Gastgewerbe (40% der Unternehmen erwarten Verbesserung) und das produzierende Gewerbe (38%) besonders zuversichtlich. Im Gegensatz dazu sind die Erwartungen im Dienstleistungssektor deutlich verhaltener (27%). Differenziert man die Ergebnisse nach Unternehmensgröße, so fällt hier auf, dass die positiven Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen

Abb. 2

Stimmungsänderung seit Antritt der neuen Bundesregierung^a



^a Anzahl der Beobachtungen: 1.186.

Quelle: Unternehmensbefragung; Berechnung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Unternehmens von den größeren Unternehmen am besten eingeschätzt werden.

Auch die Expertinnen und Experten des Ökonomenpanels wurden um eine Einschätzung der konjunkturellen Entwicklung unter der neuen Regierung gebeten (Günther et al. 2025). Rund 50 % der Befragten bewerten die bisherigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung als „eher positiv“ für die konjunkturelle Entwicklung. Ein Drittel (34 %) sieht hingegen keinen nennenswerten Einfluss und stuft die Wirkung als „neutral“ ein. Weitere 12 % sprechen von einem „eher negativen“ Effekt. Diese Einschätzungen zur konjunkturellen Entwicklung in Deutschland entsprechen annähernd den Erwartungen der befragten Unternehmen (vgl. Abb. 3). Als zentralen Grund für die positive Bewertung nennen viele der befragten Ökonominnen und Ökonomen den expansiven fiskalischen Impuls, der vor allem durch zusätzliche staatliche Investitionen in die Bereiche Infrastruktur und Verteidigung getragen wird.

In einer weiteren Frage wurden die Unternehmen gebeten, verschiedene politische Themenfelder nach Wichtigkeit zu priorisieren. Durch die Priorisierung der Themenfelder wird eine differenzierte Betrachtung ermöglicht, ohne dass alle Themen als sehr wichtig wahrgenommen und pauschal mit höchster Priorität eingestuft werden.

Bürokratieabbau bleibt wichtigste Aufgabe

Für 42 % der Unternehmen stellt der Bürokratieabbau in Verbindung mit einer effizienteren Verwaltung die wichtigste Aufgabe zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dar (vgl. Abb. 4). Obwohl seit Jahren Bürokratieabbau von der Politik angestrebt wird, hat eine Umfrage im Jahr 2024 im Rahmen des Jahresmonitors der Stiftung Familienunternehmen zuletzt gezeigt (Licht et al. 2024), dass bei den Unternehmen keine bürokratischen Erleichterungen ankommen: 91 % der befragten Unternehmen gaben sogar eine Zunahme der bürokratischen Belastung seit 2022 an. In der Folge sehen sich Unternehmen zunehmend dazu gezwungen, aufgrund der hohen bürokratischen Belastung, wesentliche Investitionsvorhaben zurückzustellen (Zarges et al. 2023).

Große Zustimmung zum Infrastrukturprogramm der Bundesregierung

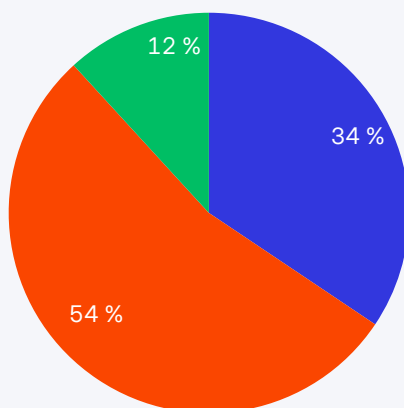
Mit deutlichem Abstand wird die Modernisierung der Infrastruktur von 21 % der Unternehmen als vorrangiges Aufgabenfeld für die neue Bundesregierung gewählt (vgl. Abb. 4). Konkret hat die neue Bundesregierung ein 500 Mrd. Euro umfassendes Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität bereitgestellt (CDU, CSU und SPD 2025). Das Ziel ist ein tiefgreifender Modernisierungsschub insbesondere für die Bereiche Schiene, Straße und Brücken

Abb. 3

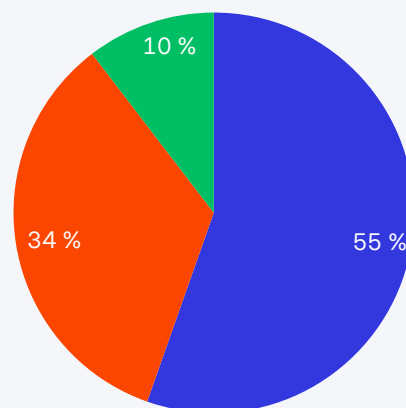
Erwarten Sie eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit...^a

■ Ja ■ Nein ■ Weiß nicht

A. ...für Ihr Unternehmen



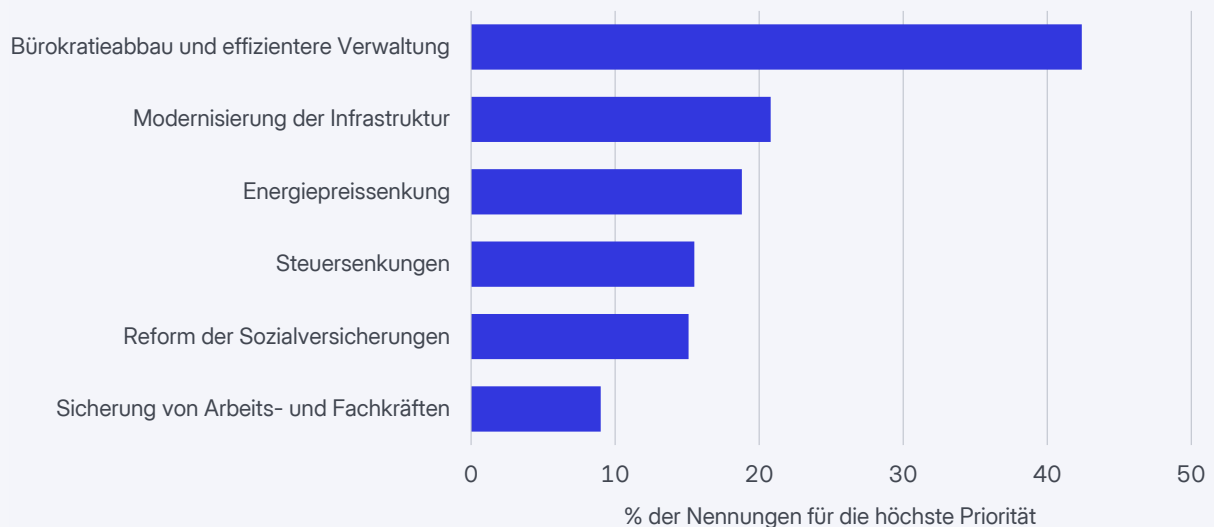
B. ...für den Standort Deutschland



^a Anzahl der Beobachtungen: 1 186.

Quelle: Unternehmensbefragung; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 4

Priorisierung der Aufgaben der Bundesregierung^a^a Anzahl der Beobachtungen: 1 186.

Quelle: Unternehmensbefragung; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

sowie für die digitale Infrastruktur. Das Programm ist auf einen Zeitraum von zwölf Jahren angelegt und sieht in der laufenden Legislaturperiode Investitionen von bis zu 150 Mrd. Euro vor. Die positive Beurteilung dieser Maßnahme zieht sich durch alle Wirtschaftssektoren und auch in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße sind keine größeren Differenzen unter den Unternehmen erkennbar.

Jedes fünfte Unternehmen sieht Energiepreissenkung als wichtigstes Thema

Nach den Themen Bürokratieabbau und Modernisierung der Infrastruktur messen 19% der Unternehmen der Energiepreissenkung die höchste Priorität bei (vgl. Abb. 4). Die neue Regierung setzt dabei vor allem auf einen befristeten Industriestrompreis, die Abschaffung der Gasspeicherumlage sowie eine temporäre Senkung der Stromsteuer auf das EU-Minimum für Unternehmen des produzierenden Gewerbes sowie für die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft. Dementsprechend ist die Priorisierung der Energiepreissenkung bei den Unternehmen des produzierenden Gewerbes auch am höchsten (für 21% der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes hat das Thema oberste Priorität).

Die geplanten Steuersenkungen der Bundesregierung werden nur von 16% der Unternehmen als oberste Priorität angesehen. Ähnlich hohe Zustimmung erhält eine

Reform der Sozialversicherungen. Insgesamt 15% der Unternehmen sehen hierin die dringlichste Maßnahme. Die Sicherung von Arbeits- und Fachkräften gilt derzeit als nachrangig: Nur 9% der Unternehmen sehen darin die dringendste Aufgabe für die neue Bundesregierung.

Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen bleibt insgesamt verhalten

Gefragt nach zusätzlichen Investitionen aufgrund des Handelns der neuen Bundesregierung, gibt es laut Unternehmenschaft kaum Auswirkungen. Die Mehrheit plant keine zusätzlichen Investitionen (62%). Nur 18% der Betriebe geben an, zusätzliche Investitionen in Deutschland zu tätigen (vgl. Abb. 5).

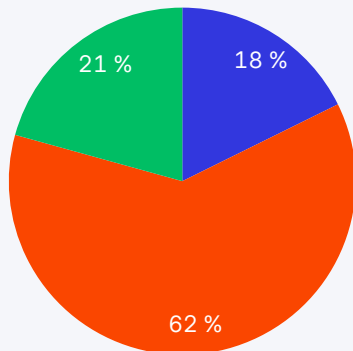
Auch der Zeitplan für die Investitionen bleibt in der Regel unverändert. Für 58% der Unternehmen ergeben sich keine zeitlichen Änderungen ihrer Investitionsvorhaben. Lediglich 6% wollen zuvor verschobene Investitionen nachholen, während 7% diese beschleunigen. Auf der anderen Seite verzögern 13% ihre geplanten Investitionen.

Während viele Unternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten Investitionen weiterhin zurückstellen (22%), trifft dies bei Großunternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten nur auf 8% der Unternehmen zu. Rund 9% dieser Unternehmen planen sogar, ihre Investitionen aufgrund der

Abb. 5

Werden Sie aufgrund des Handelns der Bundesregierung zusätzliche Investitionen in Deutschland tätigen?^a

■ Ja ■ Nein ■ Weiß nicht



^a Anzahl der Beobachtungen: 1186.
Quelle: Unternehmensbefragung;
Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

politischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung zu beschleunigen. Etwas deutlicher zeigt sich das Nachholen zuvor verschobener Investitionen bei mittelgroßen Unternehmen mit 49 bis 250 Beschäftigten: Hier beabsichtigt jedes zehnte Unternehmen, die zurückgestellten Investitionen nun umzusetzen.

Im Rahmen der Befragung wurden die Unternehmen auch gebeten, ausgewählte wirtschaftspolitische Maßnahmen der neuen Bundesregierung zu bewerten. Die Ergebnisse zeichnen ein überwiegend positives Bild: Viele Unternehmen sehen in den angekündigten Reformen und Förderprogrammen gute Impulse zur Stärkung der Wirtschaft in Deutschland, sofern sie entsprechend umgesetzt werden.

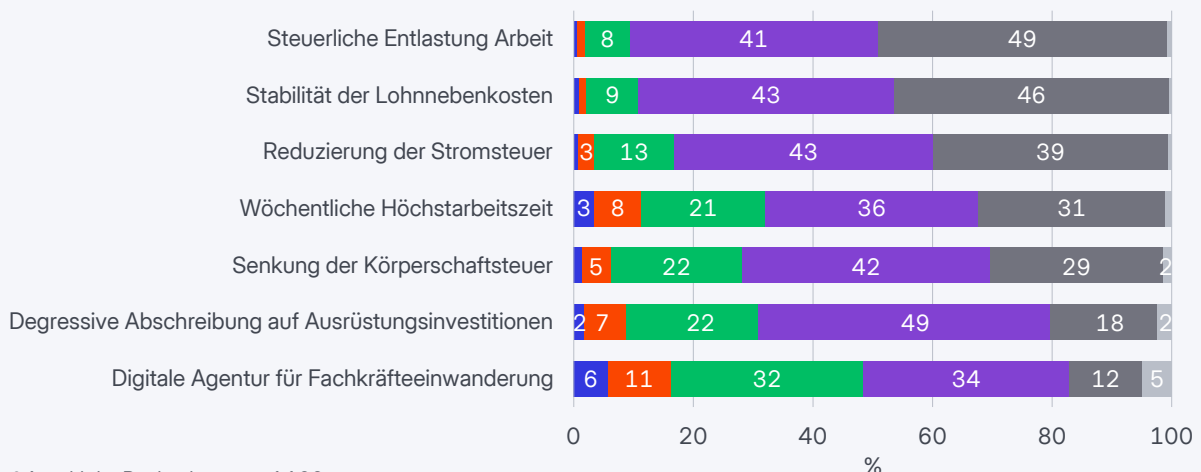
Unternehmen plädieren für Entlastung der Beschäftigten

Besonders hohe Zustimmung erfährt die steuerliche Entlastung von Arbeit: 90 % der befragten Unternehmen halten diese Maßnahme für geeignet, um die Wirtschaft zu stärken; ablehnende Stimmen sind nahezu nicht vorhanden (vgl. Abb. 6). Insgesamt fällt bei der Bewertung der Maßnahmen auf, dass diese überwiegend mit zunehmender Beschäftigtenzahl der Unternehmen besser bewertet werden. Diese Tendenz ist auch bei der Bewertung der

Abb. 6

Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft^a

■ Sehr ungeeignet ■ Ungeeignet ■ Neutral ■ Geeignet ■ Sehr geeignet ■ Weiß nicht



^a Anzahl der Beobachtungen: 1186.
Quelle: Unternehmensbefragung; Berechnungen des ifo Instituts.

© ifo Institut

steuerlichen Entlastung von Arbeit deutlich zu erkennen. Auf sektoraler Ebene findet die Maßnahme insbesondere im Baugewerbe große Zustimmung.

Auch die dauerhafte Stabilisierung der Lohnnebenkosten wird von den Unternehmen als besonders geeignete Maßnahme eingeschätzt: 46 % bewerten sie als sehr geeignet, weitere 43 % als geeignet. Lediglich 9 % zeigen sich neutral.

Industrie bewertet Reduzierung der Stromsteuer positiv

Steuerliche Entlastungen der Unternehmen werden von den Befragten ebenfalls als positives Instrument zur Stärkung der Wirtschaft gesehen. Ein zentrales Element ist dabei die Reduzierung der Stromsteuer für energieintensive Unternehmen. Ergänzend wird ab 2028 die Körperschaftsteuer in fünf Schritten um jeweils einen Prozentpunkt gesenkt, um die steuerliche Gesamtbelastung zu reduzieren. Die Umfrageergebnisse unterstreichen, dass diese Maßnahmen in der Unternehmenspraxis überwiegend Zuspruch finden. So bewerten 82 % der befragten Unternehmen die geplante Reduzierung der Stromsteuer als „geeignet“ oder „sehr geeignet“ und nur 4 % der Unternehmen lehnen sie ab. Insbesondere die energieintensiven Betriebe des produzierenden Gewerbes (90 % Zustimmung) stimmen dieser Maßnahme zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu.

Auch die Senkung der Körperschaftsteuer stößt mit einer Zustimmungsrate von 70 % auf breite Unterstützung unter den befragten Unternehmen. Dabei wird die Maßnahme über alle Wirtschaftssektoren hinweg gleichermaßen befürwortet; sektorale Unterschiede sind hier nur gering ausgeprägt. Größere Differenzen treten dagegen bei der Unternehmensgröße auf, wobei vor allen die größeren Betriebe mit mehr als 250 Beschäftigten die Senkung der Körperschaftsteuer positiv beurteilen.

Ähnlich wird die Einführung einer degressiven Abschreibung auf Ausrüstungsinvestitionen bewertet. Für Investitionen in den Jahren 2025 bis 2027 soll ein Abschreibungssatz von bis zu 30 % möglich sein. In der Befragung halten 67 % der Unternehmen diese Maßnahme für geeignet, um Investitionen in den kommenden Jahren zu fördern. Die Bewertungen der Steuerarten entsprechen in der Tendenz den Zustimmungswerten einer Umfrage vom Dezember 2024 zu den Erwartungen an die neue Bundesregierung (Licht et al. 2025). Damals sprachen sich die Unternehmen vorrangig für eine Senkung der Körperschaftsteuer sowie der Energiesteuer aus. Die degressive Abschreibung wurde hingegen als weniger prioritär eingestuft.

Insbesondere Gastronomie begrüßt Einführung der wöchentlichen statt täglichen Höchstarbeitszeit

Eine weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahme der neuen Bundesregierung ist die Einführung einer wöchentlichen statt täglichen Höchstarbeitszeit. Im Zentrum dieser Reformüberlegung steht die Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen an die sich wandelnden Anforderungen moderner Arbeitswelten sowie an Branchen mit stark schwankendem Arbeitsaufkommen. Von den Unternehmen wird die Maßnahme positiv aufgenommen: Rund 31 % der befragten Unternehmen bewerten die Einführung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit als sehr positiv, weitere 36 % als positiv. Vor allem Gastronomiebetriebe, die durch eine hohe saisonale Volatilität geprägt sind, haben diese Maßnahme sehr gut bewertet: Mehr als die Hälfte der Unternehmen stuft die Umstellung der Höchstarbeitszeiten als sehr geeignete Maßnahme zur Stärkung der Wirtschaft ein, während weitere 32 % sie als „geeignet“ erachten.

Obwohl die Einrichtung einer digitalen Agentur für Fachkräfteeinwanderung positiv bewertet wird (46 % Zustimmung), erhält diese Maßnahme im Vergleich zu den anderen wirtschaftspolitischen Initiativen der neuen Bundesregierung die höchste Ablehnung. 11 % der Unternehmen stuften sie als „ungeeignet“ ein und weitere 5 % der Unternehmen sogar als „sehr ungeeignet“. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Fachkräftemangel in Deutschland aufgrund der schwachen Konjunktur deutlich zurückgegangen ist und daher das Thema an Priorität verloren hat.

Insgesamt werden die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der neuen Bundesregierung von den befragten Unternehmen mehrheitlich positiv aufgenommen. Die Ergebnisse der Erhebung zeigen, dass insbesondere größere Unternehmen mit einer höheren Beschäftigtenzahl den Kurs der Bundesregierung tendenziell wohlwollender beurteilen. Sektorale Unterschiede sind zwar vorhanden, fallen jedoch in den meisten Fällen weniger stark ins Gewicht als die Differenzierung nach Unternehmensgröße.

Ausblick

Die Ergebnisse verdeutlichen: Die Wirtschaft erwartet viel von der neuen Bundesregierung – vor allem Tempo und Verlässlichkeit bei den Reformen. Zwar wird der Start mehrheitlich als solide bis gut bewertet, doch zentrale Themen wie Bürokratieabbau, Infrastrukturmodernisierung und wettbewerbsfähige Energiepreise stehen weiter ganz oben auf der Agenda der Unternehmen. Ob die Regierung die hohen Erwartungen erfüllen kann, wird sich in

den kommenden Monaten zeigen. Entscheidend wird sein, ob aus den Ankündigungen zügig konkrete Maßnahmen werden, die spürbare Verbesserungen für Unternehmen bringen. Nur dann kann sich der anfängliche Vertrauensvorschuss in nachhaltiges Vertrauen verwandeln. •

Referenzen

Baur A., L. Flach, S. Link und A. Peichl (2024), „Wer hat Angst vor Trump im Weißen Haus? Der Blick deutscher Unternehmen auf die US-Wahl“, *ifo Schnelldienst digital* 5(8).

CDU, CSU und SPD (2025), *Verantwortung für Deutschland: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 21. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages*, Berlin.

Garnitz, J., A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023), „FamData: Database for Family Business Companies in Germany Covering Company Key Figures and Survey Data“, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 245(1-2), 235–246.

Günther, A., N. Potrafke und R. Schmid (2025), „100 Tage schwarz-rote Bundesregierung: Ökonomen ziehen erste Zwischenbilanz“, *ifo Schnelldienst digital* 6(17).

Licht, T., A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2024), *Bürokratie als Wachstumsbremse: Auswirkungen der bürokratischen Belastungen in deutschen Unternehmen*, Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2024, München.

Licht, T., A. von Maltzan, B. Unger und K. Wohlrabe (2025), „Was erwarten Unternehmen in Deutschland von der nächsten Bundesregierung?“, *ifo Schnelldienst digital* 6(1).

Maltzan, A. von und B.-N. Unger (2025), „FamData: Die zentrale Datenbank für Familienunternehmen in Deutschland – Strukturdaten und Umfrageergebnisse im Überblick“, *Zeitschrift für Familienunternehmen und Strategie (FuS)* 15(2), 62–69.

Zarges, L., Garnitz, J., A. von Maltzan und K. Wohlrabe (2023), *Der Investitionsstandort Deutschland aus Sicht der Familienunternehmen*, Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen 2023, München.